



## **Pressemitteilung zur Tragödie von Lampedusa und dem Drama um das Flüchtlingscamp in Berlin**

### **Die Sorgen und Ängste der Flüchtlinge müssen ernst genommen und ihre berechtigten Forderungen durchgesetzt werden – die Stiftung fordert soziale Menschenrechte auch für Flüchtlinge!**

Während in Berlin seit Wochen um die Zukunft des Flüchtlingscamps am Oranienplatz und eine Unterbringung der Flüchtlinge in der bevorstehenden Winterkälte gestritten wird, schaffte es das „Flüchtlingsdrama vor Lampedusa“, mit dem Tod von mehr als 200 Flüchtlingen in die europaweiten Schlagzeilen. Die Versprechen der Politik, jetzt endlich mehr für die Menschen und gegen das Schleppertum zu tun, greifen aber ebenso zu kurz wie die bloße Suche nach einer anderen Unterkunft für die Flüchtlinge in Berlin – für die Katastrophe verantwortlich ist zunächst die Abschottung der Festung Europa durch eine inhumane Asylpolitik, die nach außen mithilfe von Frontex und Dublin II, nach innen mit repressiven Vorschriften wie Arbeitsverbot, Residenzpflicht und Unterbringung in Flüchtlingsnotunterkünften gnadenlos „gesichert“ wird. Wer jetzt fordert, mehr Flüchtlinge aufzunehmen, das Asylrecht zu ändern, mehr humanitäre Hilfe zu leisten, mehr legale Migration zu erlauben und Schlepper konsequenter zu bestrafen, sollte auch die weiteren Zusammenhänge im Blick behalten. *„Wer nicht bereit ist, das offensichtlich völlig entgleiste Weltwirtschaftssystem in Frage zu stellen und gerechtere Strukturen zu schaffen, ist weiterhin für Grenztote verantwortlich und dafür, dass Menschen ihre Heimat aufgeben müssen.“* (Sabine Schiffer vom Institut für Medienverantwortung)

Gerechtere Strukturen schaffen heißt zum einen die Sorgen und Ängste der Flüchtlinge ernst zu nehmen - Dann können tragfähige Lösungen zusammen mit der Bevölkerung vor Ort gefunden werden. Zum anderen müssen die sozialen Menschenrechte auch für Flüchtlinge und Migranten endlich realisiert werden.

Dazu Eberhard Schultz, Vorsitzender unserer Stiftung: *„Wir trauern um die Toten in Lampedusa und bewundern und unterstützen den Mut und die Ausdauer der Flüchtlinge, die im Flüchtlingscamp am Oranienplatz ausharren und mit vielfältigen Protestaktionen auf die menschenrechtswidrige Lage von Flüchtlingen in Deutschland hinweisen. Zu Recht verlangen sie mehr als humanitäre Hilfe und Stellvertreter-Politik: die Durchsetzung der längst festgeschriebenen sozialen und kulturellen Rechte, insbesondere die Aufhebung des Arbeitsverbotes und der Residenzpflicht, d.h. eine angemessene frei gewählte Unterkunft sowie Bildung durch Teilnahme am Schulunterricht usw.“*

Als gemeinnützige Stiftung, die sich für die sozialen Menschenrechte und Partizipation einsetzt, unterstützen wir das Berliner Flüchtlingscamp/Protestcamp –aktuell auch mit einer weiteren Spende –, da es sich bei den Forderungen des Camps um wichtige Anliegen auch unserer Stiftung handelt. Aktuell versuchen wir, mit unserer Kampagne für die längst fällige Ratifizierung des Zusatzprotokolls zum UN Sozialpakt durch die neue Bundesregierung dieses Anliegen voranzubringen.

Berlin, den 11.Oktober 2013